

# Sächsische Vorkzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Amt Dresden Nr. 31302  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Danzig-Konto: Stadtbank Dresden, Girokonto Blawitz Nr. 666  
Postkassen-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blawitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hofterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blawitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Druck: Schmidt & Co., Dresden-Blawitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Redaktion und Expedition  
Blawitz, Loschwitzer Str. 4  
87. Jahrgang

146

Freitag, den 26. Juni

1925

## Eine Militärrevolte in Griechenland

### Die Aufständischen erzwingen den Rücktritt der Regierung

In London liegen Meldungen vor, nach denen in Griechenland eine Militärrevolte ausgebrochen sei. Nationalsozialistische Offiziere unter Führung des Generals Pangalos hätten heute nach einem Staatsstreich unternommen, der vollkommen geglückt sei. Die militärischen Gebäude in Athen seien in den Händen der Revolutionäre. General Pangalos sei Herr der Stadt und fordere den sofortigen Rücktritt des Kabinetts Michalopoulos. Die Militärdiktatur wurde proklamiert. Große Teile der Marine sollten sich den Revolutionären anschließen haben. General Pangalos erklärte, er werde endlich der Bevölkerung so unerhörte bedrückenden finanziellen Misere zu Ende machen und Griechenland zur Gewandtheit führen. Weitere Nachrichten fehlen bisher, da wahrscheinlich die Revolutionäre den Telegraphenapparat in Händen haben. Bei der griechischen Gesandtschaft in Berlin ist gestern Abend ein Telegramm aus Athen eingelaufen, wonach die Lage vollkommen ruhig wäre. Seitdem ist die Gesandtschaft ohne weitere Nachrichten geblieben. Dem Militärputsch hat sich auch die Flotte angeschlossen. Die Aufständischen haben eine Proklamation erlassen, in der sie die Regierung als überflüssig erklären. Soloniki soll sich in den Händen der Aufständischen befinden. Aus den übrigen Teilen Griechenlands liegen noch keine genauen Berichte vor, obwohl in den ersten Meldungen behauptet wird, daß die Revolutionäre im ganzen Lande die Oberhand gewonnen hätten.

### Die Demission des griechischen Kabinetts

Nachts berichtet aus Athen: Infolge des militärischen Aufstandes hat das Ministerium Michalopoulos seine Demission eingereicht. Der Führer der Partei der republikanischen Union Panagoulas hat die Kabinettsbildung übernommen. Er soll den militärischen Führern der Aufständischen, General Pangalos und Admiral Papadimitrakis, angeboten haben, in sein Kabinett einzutreten.

### Lloyd Georges in Front

Trotz des persönlichen Erfolges, den Chamberlain mit seiner gestern wiedergegebenen Rede im Unterhause als faktischer Redner davongetragen hat, läßt sich sagen, daß es ihm wohl kaum gelungen sein dürfte, die Argumente seiner Gegner zu widerlegen. Die Opposition ist nicht überzeugt. Es wird darauf ankommen, ob in den in den nächsten Wochen stattfindenden Verhandlungen der Widerstand der Vorkämpfer gebrochen werden kann.

Das Ereignis des gestrigen Tages ist jedoch die Rede Lloyd Georges. Seine Zurückhaltung kann als Beweis dafür angesehen werden, daß Lloyd George weitgehende politische Pläne hat, wie er denn auch in einem weiten Kreise als der kommende Ministerpräsident angesehen wird. Die Regierung, so meint man, werde das Budget nicht überleben.

### Die deutsch-österreichischen Beziehungen

In der Grazer Tagespost schreibt der österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Frank, über die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland u. a.: Die Genfer Sanierungspolitik Österreichs hat die politische Entscheidungsfähigkeit Österreichs nicht weiter eingegrenzt, als es die Friedensverträge ohnehin schon taten. Die Frage der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft ist noch zu lösen. Auch die Aktion, die eine Erleichterung für unsere industrielle Produktion durch unsere Nachbarstaaten anstrebt, kann nicht als der Ausfluß einer gegen Deutschland gerichteten Wirtschaftspolitik gedacht sein. Sicher ist, daß keine österreichische Regierung die Hand dazu bieten könnte, Verpflichtungen

## Das Reichskabinett einmütig

Es werden Rückfragen gehalten. — Volle Handlungsfreiheit gegenüber den anderen Staaten, besonders gegenüber Rußland

Das Reichskabinett, das — wie bereits gemeldet — schon am Mittwochabend die Antwortnote Briand's beraten hat, feierte am Donnerstagabend in einer zweiten Sitzung diese Beratungen fort und ist dabei zu einer vorläufigen abschließenden Stellungnahme gelangt.

Diese ist in doppelter Hinsicht sowohl nach ihrer außenpolitischen als auch nach ihrer innenpolitischen Bedeutung von Wichtigkeit. Die Briand-Note hat bekanntlich ebenso wie die Rede Chamberlains noch erhebliche Unklarheiten und manche offene Fragen im Rahmen des gesamten Sicherheitsproblems gelassen, und schon aus diesem Grunde konnte die Reichsregierung vorläufig zu keinem anderen Beschluß gelangen, als

zunächst durch eine diplomatische Note eine Reihe von Rückfragen über die noch kritischen Fragen der notwendigen Klarheit herbeizuführen.

Es handelt sich dabei vor allem um die von Frankreich verlangte einseitige Garantie der mit den Völkern Staaten in Aussicht genommenen Schiedsverträge, die Priorität des Völkerbundesstatutes vor diesen Schiedsverträgen und anderes mehr.

Jedenfalls kann aber jetzt damit gerechnet werden, daß die Initiative, die von der Regierung am 9. Februar aufgenommen wurde, trotz der inzwischen eingetretenen Komplikationen weitergeführt wird, obwohl sich diese aktive Politik bis auf weiteres im wesentlichen

einzuhalten, die ihre Spitze gegen Deutschland richtet. Vielleicht noch wichtiger als die Festigung der wirtschaftlichen Bande ist die Erhaltung der kulturellen Gemeinschaft. Österreich hört in dem Augenblick auf ein Kulturstaat zu sein, in dem es den Zusammenhang mit dem deutschen Geistesleben verliert. Solange nicht der Anschluß Österreichs vollzogen ist, muß es die Aufgabe sein, den Weg zur Vereinigung offen zu halten und die wechselseitigen Beziehungen auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet möglichst eng zu gestalten.

### Der Achtstundentag im Eisenbahnbetriebe undurchführbar

Auf dem Internationalen Eisenbahntag wurde mit 90 gegen 35 Stimmen eine Entschließung angenommen, worin die harte Durchführung des Achtstundentages mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der örtlichen Verhältnisse für undurchführbar erklärt wird.

### Schiedspruch für die nordwestdeutsche Schwerindustrie

Im Lohnstreik der Nordwestgruppe der Eisen- und Stahlindustrie wurde heute unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Wehlich ein Schiedspruch gefällt, der unter grundsätzlicher Beibehaltung des bisherigen Lohnsystems den Lohn mit Wirkung vom 1. Juli 1925 für Hilfsarbeiter auf 55 Pfg., für Facharbeiter auf 70 Pfg. festsetzt. Akkord- und Prämiendarbeiter sollen einen Zuschlag von 3 Pfg. pro Stunde erhalten. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie den Schiedspruch ablehnten.

### Die Aussperrung im Holzgewerbe

Die Gewerkschaften des deutschen Holzgewerkschaftsbundes haben einmütig die Maßnahmen, die der Hauptverband des Verbandes bei den gestrigen Verhandlungen mit den Arbeitgebervertretern vereinbart hatte, einstimmig ablehnt. Die Maßnahmen werden die Ver-

auf das Gebiet der Klarstellung gewisser Vorbedingungen für internationale Verhandlungen beschränken muß. Ferner versteht es sich von selbst, daß die weitere Behandlung dieses Problems jetzt mit Vorbehalt geführt werden muß, schon in Rücksicht darauf, daß — wie bereits früher betont wurde —

die deutsche Regierung sich ihre volle Handlungsfreiheit in ihren Beziehungen zu allen anderen Staaten, so zum Beispiel zu Rußland, vorbehalten muß.

Gerade die Unklarheiten und die von französischer Seite in die ganze Frage hineingetragenen Schwierigkeiten waren es auch, die eine sehr verwickelte Beurteilung der ganzen Angelegenheit bei den Parteien hervorgerufen haben.

Um so wichtiger ist es, daß das Reichskabinett in seiner zweitägigen Beratung zu einer durchaus einmütigen Auffassung darüber gelangt ist, daß der bisher in dieser Frage verfolgte Kurs und die allgemeine Außenpolitik überhaupt in den bisherigen Bahnen weitergeführt werden sollen.

Darin liegt die innenpolitische Bedeutung des Ergebnisses der Kabinettsberatungen.

Die Beschlüsse der Reichsregierung werden zunächst im Laufe des Freitag dem Reichspräsidenten v. Hindenburg unterbreitet werden und voraussichtlich wird dann am Freitagabend ein amtliches Kommuniqué über diese ganze Angelegenheit veröffentlicht werden.

### Die französischen Sozialisten gegen die Sanierungspläne Caillaux

Bekanntlich sind die vier Kartellgruppen der französischen Kammer auf Veranlassung der Sozialisten zu einer Besprechung zusammengetreten. Die sozialistischen Vorführer geben das Ergebnis des gestrigen Referendums bekannt, unter Hinweis darauf, daß neun Zehntel der Stimmen sich auf die Anträge Compeere Morello und Renaudels verteilten, die beide im Grunde genommen auf Einstellung der Unterhaltungspolitik ausgehen. Die Sozialisten haben ferner hervor, daß ihre Gruppe außerstande sei, die Auffassung des Finanzministers über die Lösung der Finanzprobleme zu teilen. Der Bericht der Sozialisten schloß mit der Aufforderung an die übrigen Gruppen, ihre Haltung gegenüber den Finanzproblemen und der von Caillaux in Aussicht genommenen Lösung unambiguously bekanntzugeben. Die Sitzung dauerte noch fort.

### Der neue Rathenauprozeß

In der gestrigen Verhandlung wurde in der Berechnung des Angeklagten Brand fortgeführt und dann in die Zeugenvernehmung eingetreten. Vernommen wurden zuerst der Landwirt Steinbeck, der im Rathenauprozeß freigesprochen worden war, und Ernst Werner Lehmann, der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt ist. Dann wurde die Verhandlung auf Freitag vertagt.

### Schurmann in Berlin eingetroffen

Der amerikanische Botschafter Schurmann ist mit Gattin und Tochter gestern nachmittag in Berlin eingetroffen.

### Der Großhandelsindex

Die auf den Stichtag, den 24. Juni, berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamtes gegenüber dem Stand vom 17. Juni (133,3) um 0,7 v. H. auf 134,2 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Lebensmittelzuzugnisse von

132,4 auf 133,9 oder um 1,1 v. H. angezogen. Die Industriestoffe blieben mit 134,9 unverändert.

### Sächsischer Landtag Ein deutschnationaler Mißtrauensantrag gegen den sächsischen Finanzminister

146. Sitzung vom 25. Juni.  
Präsident Winkler gibt vor Eintritt in die Tagesordnung eine Richtigstellung einer vom Abg. Menke in der sozialdemokratischen Presse aufgestellten Behauptung ab. Auf der Tagesordnung stehen zunächst einige Haushaltsplanartikel.

Abg. Wölbner (Zos.) beantragt bei Kapitel 14 (Landtag) namens des Deutschnationalen Ausschusses A die Reueinstellung eines Oberreferendars, eines Oberwärters und einige Abänderungen, im übrigen Genehmigung der Einstellungen.

Die Ausschüßanträge werden einstimmig genehmigt.

Abg. Frau Büttner (Zos.) berichtet für den Ausschuß über Kapitel 32 (Kaufmannsamt) und beantragt bei Kapitel 32a (Kaufmannsamt Dresden) den Zuschuß in Höhe von 211.000 M. zu genehmigen, bei Kapitel 32b (Allgemeine Kaufmannsamt) den Zuschuß in Höhe von 117.500 M. zu genehmigen und die Regierung zu ersuchen, ungeläutete Verhandlungen zur baulichen Erhaltung der Annenkirche in Annaberg einzuleiten.

Die Anträge des Ausschusses wurden einstimmig genehmigt.

Abg. Anders (D. Sp.) berichtet für den Ausschuß über Kapitel 4 (Eisenbahnbau) und beantragt, das Kapitel mit einer kleinen Abänderung nach der Vorlage zu genehmigen, die Einstellung bei Titel 1 des außerordentlichen Haushaltsplanes nach der Vorlage zu bewilligen.

Abg. Jäger (Dnat. Sp.): Die Zukunft von Bad Elster könnte nicht als sehr hoffnungsvoll angesehen werden. Zwei Ursachen seien hierfür verantwortlich: die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung sowie die unveränderte Einstellung der Regierung. Der zwar gutgemeinte soziale Gedanke, die Arbeiter aller Schichten des Volkes frei zu machen, sei doch eine Überbrennung der Möglichkeit. Die allgemeinen Beamten- und Erholungsheimen wirkten fördernd auf das reine Badelieben ein, benachteiligten die Wirtschaft, namentlich die Hotelindustrie und seien die Wirtschaftlichkeit der Arbeiter herab. Unverständlich sei, wie die Regierung jetzt in Bad Elster ein Hotel in eigene Regie nehme, zu einer Zeit, in der die Hotelindustrie eine große Krise durchlebe. In der Lösung eines Pachtvertrages mit einer Hotelgesellschaft sei der Staat nicht vornehm genug vorgegangen. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Die hohen Pachtsummen für Hotels und Kaffeehäuser müßten abnormale, den Fremden abschreckenden Preisen. Was die Regierung jetzt in Bad Elster tue, trage nicht den Charakter wirtschaftlicher Wirtschaft.

Oberregierungsrat Brunst erklärte für die Regierung: Die Pachtsummen in Elster sind nicht zu hoch. Was die Übernahme des Hotels Sachsenhof in eigene Regie des Staates anlangt, so war der Grund die geringe Höhe der eingenommenen Pachtsummen.

Abg. Lieberich (Komm.) tritt dem Vordemmer scharf entgegen und beantragt, Bad Elster in vollem Umfange zu einem Volksbad für die Kinder- und Unbemittelten zu machen, und alle Beamten, Angestellten und Arbeiter mindestens in Gruppe 6 einzustellen.

Abg. Dr. Schminke (Komm.): Mit seinen Ausführungen hat Abg. Jäger bewiesen, daß die Deutschnationalen Partei eine Feindin der Volksgesundheit ist. Er hat jeden sozialen Gedankens beiseite geschoben, hat sich sogar gegen die Kinderheime in Bad Elster ausgesprochen.

Abg. Dr. Schminke (Komm.): Mit seinen Ausführungen hat Abg. Jäger bewiesen, daß die Deutschnationalen Partei eine Feindin der Volksgesundheit ist. Er hat jeden sozialen Gedankens beiseite geschoben, hat sich sogar gegen die Kinderheime in Bad Elster ausgesprochen.